

STADT FRIEDRICHSHAFEN Sitzungsvorlage Drucksache-Nr. 2013 / V 00088	Ausfertigungen: Stadtbauamt, BSU,DEZ2,DEZ4,OB,PL,SPK
Dienststelle: Stadtbauamt Aktenzeichen: SBA-Rö	18.04.2013, Unterschrift:
Mitzeichnung (Datum, Kurzzeichen): <input checked="" type="checkbox"/> BM Krezer _____ <input checked="" type="checkbox"/> EBM Dr. Köhler _____ <input type="checkbox"/> BM Hauswald _____ <input checked="" type="checkbox"/> Oberbürgermeister _____	

Betreff: Information zum Verkehrsentwicklungsplan Anlage:				
Medien: Bitte ankreuzen. Alles, was präsentiert werden soll, muss mindestens 1 Arbeitstag vor den jeweiligen Sitzungen der Geschäftsstelle des Gemeinderates zugeleitet werden, damit die Präsentation gewährleistet werden kann.				
<input checked="" type="checkbox"/> MS Office 2003 Dateien (inkl. ppt, .mpp)	<input type="checkbox"/> .pdf-, htm-Dateien	<input type="checkbox"/> DVD	<input type="checkbox"/> Video (VHS)	<input type="checkbox"/> Folien (ungeeignet)

Referent und Zeitdauer: Herr Noßwitz (Brenner Ingenieure, Aalen), 30 Min.
--

Gremium:	Datum:	Zuständigkeit:	Öffentlichkeitsstatus:
Technischer Ausschuss/Betriebsausschuss SE	07.05.2013	Kenntnisnahme	öffentlich

Ggf. Hinweis auf frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, Drucksache-Nr.):

<u>FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN</u>		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Kosten:	<input type="checkbox"/> einmalige Kosten		Betrag: EUR
	<input type="checkbox"/> jährliche Folgekosten:	Personalkosten	Betrag: EUR
		Sachkosten	Betrag: EUR
Zuschüsse	<input type="checkbox"/> einmalige Einnahme(n)		Betrag: EUR
bzw.			
Beiträge:	<input type="checkbox"/> laufende (jährlich)		Betrag: EUR
MITTELBEREITSTELLUNG IM HAUSHALT:			
<input type="checkbox"/> Städt. Haushalt	<input type="checkbox"/> VWH	<input type="checkbox"/> VMH	Fipo:
<input type="checkbox"/> Stiftungs-Haushalt	<input type="checkbox"/> VWH	<input type="checkbox"/> VMH	Fipo:
Zur Verfügung stehende Mittel (Planansatz und Haushaltsausgabereist lfd. Jahr):			EUR
Noch bereitzustellen:			EUR
Deckungsvorschlag:			EUR

Beschlussantrag:

Die Information zum Verkehrsentwicklungsplan wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
Die Fraktionen benennen bis zum 31.05.2013 jeweils einen Vertreter zur Mitarbeit in der Projektgruppe.

Begründung:

Ausgangslage:

Verkehr ist eines der Themen, die in einer Stadt prinzipiell jeden zu fast jeder Zeit berühren und die in der konzeptionellen Planung von großer Wichtigkeit sind. Um diesem Thema das entsprechende Gewicht zu verleihen und es bei den verschiedenen Planungsaufgaben ausreichend berücksichtigen zu können, ist eine gute und ausreichende Planungsgrundlage erforderlich. Die in Friedrichshafen vorhandene Grundlage ist der 1994/95 verabschiedete Gesamtverkehrsplan, dessen Aktualität bei weitem nicht mehr auf der Höhe der Zeit ist. Die darin enthaltenen Verkehrszahlen können nicht mehr als verlässliche Grundlagen herangezogen werden. Für aktuelle Fragestellungen sind somit jeweils neue Erhebungen und Untersuchungen durchzuführen. Aus diesem Grund hat der Gemeinderat im Rahmen der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2012/2013 hierfür Mittel von 160.000 EUR

beschlossen.

Der Verkehrsentwicklungsplan umfasst das ganze Stadtgebiet. Vor dem Hintergrund der Prüfaufträge zur städtebaulichen Ausgestaltung und verkehrlichen Nutzung der Friedrichstraße und des angrenzenden Straßennetzes soll dieser Bereich schwerpunktmäßig bearbeitet werden.

Die Erarbeitung des Verkehrsentwicklungsplans erfolgt durch das beauftragte Ing.-Büro Brenner, Aalen. Die Projektsteuerung obliegt dem SBA, das auch die einzelnen Akteure koordiniert. Herr Noßwitz vom Ingenieurbüro Brenner wird in der Sitzung den methodischen Ansatz und den geplanten zeitlichen Ablauf vorstellen.

Begleitung des Planungsprozesses:

Da der Verkehrsentwicklungsplan von grundlegender Bedeutung ist, ist eine größtmögliche Akzeptanz wünschenswert bzw. erforderlich. Diese soll mittels entsprechender Beteiligung erreicht werden. Es ist beabsichtigt, die Beteiligung aufzugliedern. So soll es eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe, eine übergeordnete Projektgruppe sowie eine Bürgerbeteiligung geben.

- In der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe werden Vertreter von BSU, PL und SBA den Planungsprozess begleiten/ steuern.
- In der übergeordneten Projektgruppe sollen neben der Verwaltung vor allem die Politik, Interessenvertretungen und betroffene Institutionen sowie Behörden beteiligt werden. Hier sollen die Ziele und auch die dort hinführenden und zu untersuchenden Szenarien festgelegt werden. Die Zusammensetzung ist wie folgt vorgesehen:
 - Verwaltung (EBM Dr. Köhler, BSU, PL, SBA)
 - Politik (jeweils ein Vertreter der Fraktionen)
 - Behörden (Polizei, Landratsamt, Regierungspräsidium)
 - Verkehrsbetriebe (Stadtverkehr, RAB)
 - Interessenvertretungen (z. B. ADAC, ADFC)
 - Schulen
 - Wirtschaft
- Über die genaue Art und Weise, den Umfang sowie den Zeitpunkt einer Bürgerbeteiligung (ggf. auch in mehreren Schritten) soll die Projektgruppe entscheiden.

